



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Revisionsausschusses  
am 29. Oktober 2008

Gustav-Stresemann-Ring 15, Gebäude A, Raum Montreux/San Sebastian  
im Erdgeschoss, 65189 Wiesbaden

---

**Vorsitz :**

Torsten Tollebeek (CDU)

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

**Beginn (öffentlicher Teil): 17:10 Uhr**

**Ende: 17:45 Uhr**

**Beginn (nicht öffentl. Teil): 17:45 Uhr**

**Ende: 18:45 Uhr**

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 32/08

(Drucksachenband 130)

Drucksachenlisten DL Nrn. 41/08, 42/08, 43/08

(Drucksachenband 132)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

## öffentliche Sitzung

### 0224      Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben. Auf die Nachträge (Punkte 6.1 und 11.1) wird verwiesen.

Die Beratung der Punkte 3., 13., 14 und 16 erfolgt nicht öffentlich.

Vor Eintritt in die Einzelberatung werden die Punkte, zu denen das Wort nicht gewünscht wird, abgestimmt (s. Beschlüsse 0226 bis 0232).

Einstimmig

### 0225      Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 10.09.2008 wird genehmigt.

Einstimmig

### 0226      08-V-52-0021

Sondermittel in 2008 und 2009 für Zuschüsse für die Energiekosten der vereinseigenen Turn- und Sporthallen und für die Trainingsbeleuchtungskosten der Fußballvereine (Wiesbaden und AKK)

Einstimmig

### 0227      08-V-66-0228

Spiegelgasse/ Webergasse ? Erneuerung der Oberfläche, 4. Bauabschnitt

Einstimmig

### 0228      08-V-36-0021

Freigabe zusätzlicher Mittel zur Sanierung des Altstandortes "Ehemaliges Großtanklager Südramol" an der Eleonorenstraße, Mainz-Kastel

Einstimmig

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 29. Oktober 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

**0229 08-V-36-0022**

Mittelfreigabe für Hochwasserschutz- und Hochwasserlenkungsmaßnahmen im Ortskern  
Sonnenberg

Enth. BLW

**0230 08-V-51-0051**

Grundsicherung für Arbeitssuchende; Schaffung von zusätzlichen Planstellen

Einstimmig

**0231 08-V-37-0005**

Landesweite Umstellung des Funksystems der Behörden und Organisationen mit  
Sicherheitsaufgaben BOS, Ermächtigung zur Bestellung von Endgeräten für die  
Feuerwehr

Einstimmig

**0232 07-A-19-0007**

Doppelzahlungen im Amt für Soziale Arbeit

Einstimmig

**0233 08-F-25-0117**

Kommunaler Kostenausgleich bei Kita-Gebühren  
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP  
vom 22.10.2008 -

Stv. Sommer begründet die Vorlage, die wie folgt abgestimmt wird:

Einstimmig

**0234 07-V-80-6004 und PN 0250**

Dienstanweisung über die Vergabe von Lieferungen und Leistungen (DVL); Anhebung von  
Freigrenzen

## Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 29. Oktober 2008

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Herr Fiala (Amt für Wirtschaft und Liegenschaften) ist zu diesem Punkt anwesend und berichtet, dass nach der nächsten Sitzung der Verdingungskommission am 13.11.2008 dem Ausschuss ein schriftlicher Bericht vorgelegt wird.

Man könne aber schon vorab sagen, dass der umfangreiche Rücklauf auf die Befragung sehr ermutigend sei.

Vors. Tollebeek gibt Folgendes zu Protokoll, das Herrn Oberbürgermeister Dr. Müller in entsprechender Form vorgelegt werden soll:

In der Frage, wie bei der LHW Ausschreibungen abgewickelt werden, stellt der Revisionsausschuss bzw. der Vorsitzende fest:

1. die von der Landeshauptstadt Wiesbaden selbst gegebenen oder von der HGO oder anderen Richtlinien vorgeschriebenen Ausschreibungs- und Vergabebedingungen werden ohne Ausnahme eingehalten,
2. Ausschreibungen oder Vergaben an der Verdingungskommission vorbei oder auf anderem Weg durchzuführen, wird für die Landeshauptstadt Wiesbaden ausgeschlossen, es sind keine Abweichungen möglich,
3. die Einhaltung dieser Bedingungen ist bindend, ganz gleich, ob Mitarbeiter/innen, ein Amt, ein Dezernat oder der Magistrat diese Ausschreibungsbedingungen als persönlich unangenehm oder unangemessen ansehen,
4. die Landeshauptstadt Wiesbaden wird alles tun, um die Einhaltung der Ausschreibungs- und Vergabebedingungen sicherzustellen,
5. über die vorstehende Verfahrensweise gibt es keinen parlamentarischen Dissens,
6. Vorfälle, wie in anderen Kommunen geschehen, sind für Wiesbaden auszuschließen.

Der Punkt kommt in der nächsten Sitzung des Ausschuss erneut zum Aufruf.

Einstimmig

**0235            08-V-20-0039**

Investitionscontrolling 1. Halbjahr 2008

Zu den Nachfragen aus dem Ausschuss, warum die Ausgabequote im Bereich von Dezernat III extrem hoch und im Bereich von Dezernat V extrem niedrig ist, berichtet Herr Emmel (Kämmerei) und verweist auf die Übersicht im Investitionscontrolling 3. Halbjahr 2008.

In diesem Bericht würde sich die Situation anders darstellen. Es müsse auch berücksichtigt werden, dass nicht verausgabte Mittel übergeleitet werden, Maßnahmen am Jahresende noch nicht abgeschlossen werden können. Außerdem habe man nach der Einführung von SAP noch ein bisschen mehr Zeit benötigt.

Einstimmig

**0236            08-V-20-0061**

Übersicht der durch den Magistrat bis 30.09.2008 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

## Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 29. Oktober 2008

|                |                 |  |
|----------------|-----------------|--|
| Beschl.<br>Nr. | Vorlagen<br>Nr. | Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO |
|----------------|-----------------|--|

---

Stv. Sommer fragt nach, warum eine Ersatzausstattung mit Möbeln für die Kämmerei in Höhe von 110.000 € bei den üpl/apl-Mitteln auftaucht und nicht bei den Haushaltsplanberatungen berücksichtigt wurde.

Herr Emmel berichtet, dass die Möbel mehr als 15 Jahre alt und zum Teil nicht mehr sicher waren. Die Ersatzbeschaffung war zunächst für die nächsten 3 Jahre geplant und wäre dann auch regulär im Haushalt veranschlagt worden.

Man habe dann aber kurzfristig ein gutes Angebot bekommen und sich bei einer geschlossenen Bestellung angeschlossen, so dass man letztendlich unter dem geschätzten Kostenrahmen geblieben sei. Die Finanzierung sei aus übergeleiteten Mitteln erfolgt.

Herr Emmel weist darauf hin, dass die Kämmerei keine bessere Ausstattung erhalten habe; höhenverstellbare Tische habe es nur aus gesundheitlichen Gründen in Ausnahmefällen gegeben.

Einstimmig

**0237**      **08-V-36-0023**

Nahwärmeinsel kleine Schwalbacher Str.; Genehmigung von Mehrkosten

Stv. Reiß fragt nach, warum jetzt Mehrkosten i. H. v. 80.000 € entstehen, obwohl schon in der Grundsatz- bzw. Vorgängervorlage davon die Rede war, dass spezielle Materialien wegen des aggressiven Thermalwasser verwendet werden müssen.

Frau Schirmer (persönliche Referentin Fr. Stadträtin Thies) kann dazu nicht im Detail berichten.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass es sinnvoll gewesen wäre, wenn das Umweltamt in der Sitzung anwesend gewesen wäre.

Frau Schirmer sichert zu, dass die Fragen kurzfristig beantwortet werden und die Antwort über die Geschäftsstelle den Fraktionen übermittelt wird.

Unter dieser Maßgabe wird der Sitzungsvorlage zugestimmt.

Einstimmig

**0238**      **Verschiedenes**

Vors. Tollebeek bedankt sich ausdrücklich bei der Kämmerei für die Betreuung der Arbeitsgruppe Produktcontrolling und weist darauf hin, dass die Arbeitsgruppe nach Vorliegen von Zahlen aus den Referenzstädten wieder zusammentreten wird. Man könne davon ausgehen, dass dies nicht vor Ende nächsten Jahres der Fall sein wird.

Einstimmig

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

## NICHT ÖFFENTLICHE BERATUNG AB 17.45 UHR BIS 18.45 UHR

0245            08-F-01-0044

Sanierung Kuppeln Russische Kapelle; Mehrkosten - hier: Akteneinsicht  
Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 22.04.2008

Frau Taust (Revisionsamt) entschuldigt Herrn Löber. Sie berichtet, dass die Stellungnahme des Rechtsamtes vorliege. Das Revisionsamt vertrete allerdings die Auffassung, dass ein Mangel in der Leistung zu erkennen sei und damit auch Regressforderungen bestehen. Herr Oberbürgermeister Dr. Müller hat darum gebeten, dem Ausschuss mitzuteilen, dass ein externer Anwalt beauftragt werden soll, der mögliche Regressforderungen durchsetzen möge.

Stadträtin Zeimetz-Lorz berichtet, dass es nicht gelungen sei, zu einer abgestimmten Stellungnahme zu kommen. Es gäbe zwischen dem Revisions- und dem Rechtsamt unterschiedliche Auffassungen und so scheint die einzige Möglichkeit darin zu bestehen, einen externen Anwalt zu beauftragen. Man habe im Ergebnis keinen „Schönheitswettbewerb“ gewonnen, aber bei dem Gespräch in der letzten Woche habe es keine Übereinstimmung gegeben.

Stv. Dr. Goßmann weist darauf hin, dass das Ergebnis des Rechtsamtes im Ausschuss hätte vorgelegt werden müssen. Seine Fraktion habe die Akteneinsicht beendet unter der Maßgabe, dass die abgestimmte Stellungnahme hier vorgelegt wird.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass durch den Dissens zwischen dem Revisions- und Rechtsamt keine abgestimmte Stellungnahme erzielt werden konnte. Lediglich das Revisionsamt könne dem Ausschuss direkt zuarbeiten, alle anderen Bereiche müssen ihre Stellungnahmen über den Oberbürgermeister vorlegen. In diesem Sinne gäbe es auch offiziell keinen Bericht des Rechtsamtes.

Frau Taust weist darauf hin, dass der Dissens auch dadurch entstanden sei, dass die Auffassung zur Entstehung der Kosten unterschiedlich seien. Das Revisionsamt geht davon aus, dass die Kosten nur entstanden sind, weil der Petersburger Dialog in Wiesbaden stattfand und zu dem das renovierte Gebäude sich nicht einmal in städtischem Besitz befindet. Man hätte jede Investition für die Russische Kapelle beanstanden müssen, weil es sich nicht um ein städtisches Gebäude handelt. Der LHW ist auf jeden Fall ein Schaden entstanden, weil die Kosten überhaupt nicht entstanden wären, wenn man dies nicht politisch nicht gewollt hätte.

Vors. Tollebeek ist von der Presse angesprochen worden, die am Tag nach der Sitzung eine Mitteilung erwartet.

Hier würden verschiedene unterschiedliche Rechtsauffassungen auf einander treffen. Der Architekt fühle sich im Recht, die LHW sei in 2 Lager aufgeteilt, wenn Zeit das Problem war, war dann der Vertrag falsch, war der Vertrag richtig, aber wurde der Zeitplan nicht eingehalten, was dann der Architekt zu vertreten hätte usw.

Der schwierigste Punkt sei aber, dass die SPD die Akteneinsicht beendet habe, weil der Bericht zugesagt worden ist.

Der Bericht existiert aber formal nicht. Die hier bestehenden unterschiedlichen Rechtsauffassungen müssten rechtlich geklärt werden.

## Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 29. Oktober 2008

|                |                 |  |
|----------------|-----------------|--|
| Beschl.<br>Nr. | Vorlagen<br>Nr. | Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO |
|----------------|-----------------|--|

---

Stv. Dr. Goßmann geht davon aus, dass der Architekt nicht sein volles Honorar bekommen hat. Er möchte gern wissen, ob der Architekt denn schon Ansprüche bei der LHW angemeldet hat. Es muss auf jeden Fall verhindert werden, dass die LHW mögliche Regressansprüche durch das ganze Hin und Her verliert. Das gäbe dann die nächste Akteneinsicht.

Auf Nachfrage von Vors. Tollebeek erklärt Frau Taust, dass der externe Rechtsberater von der Verwaltung und nicht vom Ausschuss beauftragt werden soll und muss und Dezernat VII - Stadträtin Zeimetz-Lorz sich um die Beauftragung kümmern sollte.

Frau Zeimetz-Lorz geht davon aus, dass der Fachanwalt den Bericht des Revisionsamtes erhalten wird und dann prüft.

Stv. Sommer versteht nicht, dass verschiedene Ämter keine Einigung erzielen können. Es sollte doch im Vordergrund stehen, die Mehrkosten für die LHW zurückzuholen. Ein externer Berater verursacht doch auch wieder Kosten.

Stv. Dr. Goßmann weist noch einmal darauf hin, dass der Architekt den Gerüstbauer nicht richtig eingewiesen habe, das sei Fakt und dadurch sei es zu zeitlichen Verzögerungen gekommen.

Frau Zeimetz-Lorz berichtet, dass der Streit nicht um den Sachverhalt an sich gehe und auch nicht darüber, dass die Maßnahme insgesamt gesehen teurer geworden ist. Man habe aber unterschiedliche Auffassungen über die möglichen Konsequenzen.

Stv. Dr. Goßmann fragt nach, ob denn der Vertrag in Ordnung gewesen sei. Die politische Bewertung der Renovierung habe man immer aus dem Ausschuss herausgehalten.

Vors. Tollebeek sieht den Dissens bei der Schuldfrage. Wenn es keine Schuldfrage gibt, gibt es auch keine Regressansprüche. Nach seiner Auffassung hat der Architekt nicht im Sinne des Vertrages gehandelt, was zu Zeitverzögerungen geführt hat.

Es sei kein Aushängeschild wenn man der Presse jetzt sagen müsse, dass es unterschiedliche Auffassungen zu dem Thema gäbe.

Er möchte konkret wissen, wann der externe Anwalt beauftragt wird.

Dazu führt Frau Zeimetz-Lorz aus, dass man dies relativ zügig machen könne. Eine politische Bewertung gäbe es dann anschließend.

Stv. Sommer möchte außerdem wissen, wie viele Mittel schon an wen gezahlt worden sind.

Stv. Reitz fragt nach, was für ein Fachanwalt denn beauftragt werden soll.

Frau Zeimetz-Lorz geht davon aus, dass ein Rechtsanwalt ausreichend ist.

Der Punkt wird für die weitere Beratung in der Sitzung des Ausschusses am 26.11.08 vorgesehen.

Einstimmig

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

**0247 08-A-19-0002**

Genossenschaftsjagd

Frau Rippelbeck ist zu diesem Punkt anwesend. Sie berichtet, dass das Stimmrecht der LHW in den Jagdgenossenschaften in den dort geltenden Satzungen geregelt ist. Soll die Stimmberechtigung der LHW geändert werden, ist zunächst die Änderung der jeweiligen Satzung erforderlich. Es dürfte schwierig werden, dort die entsprechenden Mehrheiten zu finden.

Vors. Tollebeek legt Wert darauf, auf jeden Fall zu versuchen, eine Satzungsänderung herbeizuführen. Alternative dazu wäre die Beendigung der Mitgliedschaft.

Dies sagt Frau Rippelbeck zu, weist aber auch darauf hin, dass es auch die Möglichkeit gibt, dass sich die LHW ganz aus den Genossenschaften zurückzieht und selber verpachtet. Es hat in der Vergangenheit nicht in allen Bezirken Schwierigkeiten gegeben. In den meisten Jagdgenossenschaften wurde die LHW ganz offiziell zu den Sitzungen eingeladen.

Erklärtes Ziel ist lt. Vors. Tollebeek die Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlage. Er fragt nach, ob es objektive Gradmesser gäbe oder ob es sich um historisch gewachsene Dinge handele.

Frau Rippelbeck geht davon aus, dass versucht wird, den Pachtpreis objektiv festzusetzen. Er variiert je nach Wild und Struktur des Bezirkes.

Trotzdem müsse die Hasenjagd überall gleich viel kosten (Vors. Tollebeek). Er geht aber auch davon aus, dass dies alles nicht zeitnah umgesetzt werden kann. Es sollte doch geklärt werden, dass die LHW angemessen beteiligt und informiert und ein objektiver Gradmesser gefunden wird. Die festgesetzten Pachten seien keineswegs zu hoch.

Es ergeht kein gesonderter Beschluss, da die Verwaltung die Forderungen des Ausschusses umsetzen wird.

Einstimmig

**0248 07-F-07-0036**

Bewirtschaftung der Erlebnismulde auf dem Neroberg  
- Antrag der Bürgerliste Wiesbaden vom 29.08.2007 -

Der Ausschuss lädt zu diesem Punkt Herrn Stadtrat Bendel persönlich ein. Die Angelegenheit wird zu Beginn der nicht öffentlichen Sitzung behandelt werden.

Einstimmig

**0249 07-A-19-0017**

Übersicht über Gutachten und Beratungsleistungen

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 29. Oktober 2008

|                |                 |  |
|----------------|-----------------|--|
| Beschl.<br>Nr. | Vorlagen<br>Nr. | Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO |
|----------------|-----------------|--|

---

Dieser Punkt wird in der Sitzung des Ausschusses am 26.11.2008 behandelt.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .11.2008

**Vorsitzender**

**Schriftführer**

**weitere Schriftführerin**

Tollebeek

Reitz

Koba